

Aachen, 06. Apr. 2011

## Haushaltsrede 2011

Im vergangenen Jahr habe ich in meiner Haushaltsrede gesagt, dass ich die schwarz-grüne Handschrift im Haushalt noch nicht erkennen kann.

Aber nun, ein Jahr später – kann ich sie immer noch nicht erkennen! Dabei bin ich so gespannt, diesen Politik-Entwurf endlich kennenzulernen, der den Spagat schaffen will, vom Opus Dei bis zur Öko-Bohème alle mutmaßlichen Unterstützer der beiden Parteien zufriedenzustellen, zumindest einigermaßen, und der obendrein noch dem Gemeinwohl dienen soll.

Schaue ich auf andere politische Ebenen, werde ich auch nicht schlauer. Auf Bundesebene haben die Grünen die Laufzeiten der Atomkraftwerke wenigstens etwas verkürzt, die CDU hat sie wieder verlängert. Dann passierte Fukushima, aber das ist eine andere Geschichte.

Im Land haben die Grünen, zusammen mit der SPD und ermöglicht durch die Unterstützung der LINKEN, den Kommunen mehr Geld in die Hand gegeben. Und was macht die CDU? Sie klagt vor dem Verfassungsgericht und versucht, diese Politik zu zerstören.

In Hamburg haben CDU und Grüne sich an der Bildungspolitik versucht. Ergebnis: Das alte, früh selektierende Schulsystem existiert weiter. Einzige Änderung: CDU und Grüne sind jetzt – beide – in der Opposition.

In Duisburg haben die Grünen rechtzeitig die Reißleine gezogen. Schwarz-grün ist passé. Stattdessen gibt es eine deutlich sozialere Politik und die erste rot-rot-grüne Koalition in einer Großstadt in NRW. Die erste Koalition dieser Art im Land ist es nicht. Herzogenrath war schneller.

Wat lernt uns dat, wie man in Duisburg sagen würde, für die schwarz-grüne Politik in Aachen? Schauen wir nach Duisburg: Dort hat die neue Koalition die Gewerbesteuer angehoben, die auch bislang schon auf keinem niedrigen Niveau war. Was macht Schwarz-Grün in Aachen. Obwohl die Gewerbesteuer niedriger ist als z.B. in Duisburg, obwohl sie seit anderthalb Jahrzehnten nicht angehoben wurde, obwohl Kapitalgesellschaften seitdem von mehreren Senkungen der Körperschaftssteuer profitiert haben, obwohl Personengesellschaften die Gewerbesteuer weitgehend mit der Einkommenssteuer verrechnen können und obwohl es sehr gut mit der christlichen Soziallehre zu vereinbaren wäre, wenn starke Schultern mehr tragen als schwache, verzichten sie auf die Erhöhung und holen sich lieber einen vergleichsweise geringen Betrag über eine Grundsteuererhöhung. Dazu verbreiten sie die Hoffnung, das werde schon nicht zu einem Anstieg der Mieten führen. Dabei stand es fett gedruckt in der Lokalpresse, dass die Mieten bereits gestiegen sind und weiter steigen, auch schon ohne ihr schwarz-grünes Zutun.

Schauen wir nach Hamburg: Dort hat Schwarz-Grün mit der Bildungspolitik Schiffbruch erlitten. Eine halbherzige Schulreform wurde vom militanten Zweig der Bourgeoisie hinweggefegt, ausgerechnet mit dem Mittel des Bürgerentscheids und zum Teil offen unterstützt von CDU-Leuten. Der regierende Bürgermeister hat die Brocken hingeschmissen, Schwarz-Grün ist Geschichte. Soweit ist es in Aachen nicht gekommen. Der Oberbürgermeister ist noch an Bord. Er nimmt seine Termine wahr, und sogar die Gespräche mit Herrn Etschenberg laufen, wie man hört, in freundlicher Atmosphäre.

Und – ja – es gibt eine vierte Gesamtschule in Aachen. Endlich! Aber das war keine schwarz-grüne Leistung. Das wurde von den Fraktionen der CDU, der SPD, Grünen und Linken, gemeinsam getragen. Den Standpunkt der FDP erlaube ich mir zu vernachlässigen. Das gilt übrigens für die gesamte Rede. Sie können also in der FDP ganz entspannt zuhören.

Aber wie geht es weiter? Herr Baal hat mir zugestimmt, als ich in der Ratsdebatte gesagt habe, dass wir auch an Gymnasien ran müssen. Aber werden Sie das hinkriegen? Und wie wird sich die Bourgeoisie verhalten? Wie wird die Öko-Bohème reagieren? Da gibt es auch starke Tendenzen zur Elitenbildung. Wird es ausgerechnet diese zögerliche, politisch diffuse Schwarz-Grüne Mehrheit schaffen, im Bildungssektor für gerechte Verhältnisse zu sorgen? Oder werden Sie verantworten müssen, dass das Stadtviertel, in dem ein junger Mensch wohnt und sein familiärer Hintergrund weiterhin darüber entscheiden, welche Chancen dieser junge Mensch im Leben hat?

Ich glaube nicht, dass Sie alleine den nötigen Umschwung schaffen. Und Sie selbst glauben es auch nicht. Deshalb betteln Sie gelegentlich bei der SPD um Hilfe. Ich mache Ihnen einen besseren Vorschlag: Lassen Sie uns einen Bildungs-Konsens für Aachen finden, der gleiche Bildungschancen für alle in den Mittelpunkt stellt und der elitäre Konzepte jeglicher Art zurückweist. Wir sind dazu bereit. Wir haben keine Berührungsängste, schon gar nicht, wenn es darum geht, eine für die Zukunft Aachens elementare Richtungsentscheidung zu fällen und durchzusetzen. Wir würden Ihnen auch beistehen, wenn die Konservativen die Reform angreifen.

Ich begründe jetzt nicht ausführlich, warum wir bald eine fünfte Gesamtschule brauchen. Anmeldezahlen lesen können Sie selbst. Aber ich möchte etwas zur Offenen Ganztagschule sagen. Ja, auf diesem Gebiet ist viel geleistet worden in Aachen. Das wurde auch immer mit breiter Mehrheit im Rat getragen. Und immer wurde von allen gesagt: Das reicht noch nicht. Wir würden gerne mehr tun. Aber wir bekommen vom Land nicht genug Geld. Darüber wurde auch im Landtagswahlkampf gesprochen. Die Wählerinnen und Wähler fanden das wichtig, und sie haben den neuen Landtag klug zusammengesetzt. Die alte Mehrheit ist keine mehr. SPD und Grüne brauchen für eine Mehrheit zusätzliche Stimmen. CDU und FDP – jetzt habe ich sie doch noch mal erwähnt – machen Fundamentalopposition. DIE LINKE macht es anders. Wir unterstützen, obwohl wir formal gesehen auch in der Opposition sind, sinnvolle Regierungsvorhaben und motivieren die Landesregierung in entscheidenden Fragen, mehr zu tun, oft mit Erfolg. Der kommt nicht von selbst. Die brauchen unsere Stimmen. Aber er kommt.

Zum Beispiel bei der Offenen Ganztagschule: Da hat der Landtag, auch mit den Stimmen der Grünen, beschlossen, den Kommunen mehr Geld in die Hand zu geben. Und was machen die Grünen in Aachen? Mit ihren neuen Freunden von der CDU beschließen sie, das Geld einzukassieren und damit Löcher im Haushalt zu stopfen. Das werden Sie den Bürgerinnen und Bürgern kaum plausibel machen können, am wenigsten denen, die in der Nachmittagsbetreuung in der OGS arbeiten. Wer weiß, wie da zum Teil bezahlt wird, der weiß, dass die OGS in Aachen auf gar keinen Fall überfinanziert ist.

Noch können Sie diesen Kurs ändern. Über die OGS, über die Gewerbesteuer und einiges mehr, wird gleich noch mal abgestimmt. Noch können Sie sich überlegen, wie Sie mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung umgehen wollen. Da Ihnen angesichts einer schwierigen Haushaltsslage nichts anderes eingefallen ist, haben Sie zur Lieblingsmethode konservativer Mehrheiten gegriffen und versucht, beim Personal zu kürzen. Sie schmeißen keinen raus, nein, Sie versuchen es auf die geräuschlose Art. Sie streichen freiwerdende Stellen oder erwarten von dem Menschen, der eine freiwerdende Stelle übernimmt, die gleiche Leistung wie der Vorgänger zu erbringen, aber für weniger Geld. Und Sie hoffen, dass der das nicht merkt.

Einige werden das merken. Und einige werden sich auch daran erinnern, dass sie auch als Wähler bei der nächsten Kommunalwahl einen KW-Vermerk machen können. Wenn sie eine der Parteien gewählt haben, die für ihre Lohnkürzung verantwortlich sind, können sie beim nächsten Mal eine andere wählen.

Nicht alles Wünschenswerte ist machbar in diesen Zeiten. Das ist leider so. Viele junge Leute ausbilden und dann alle bei der Stadtverwaltung einstellen, die ihre Ausbildung erfolgreich absolviert haben, wäre schön. Die Haushaltslage verhindert das. Aber: Wenigstens mehr ausbilden können wir. Ich meine: Wenigstens mehr ausbilden müssen wir. Seit Jahren beklagt DIE LINKE die geringe und zudem schwankende Zahl an Auszubildenden. Vor Jahren haben wir mal beantragt, eine Ausbildungsquote festzulegen. Das wurde abgelehnt. Das Problem: Wenn der Stellenplan – wie heute - zur Verabschiedung kommt, drohen Änderungsanträge zu den aktuellen Auszubildendenzahlen zu reiner Kosmetik zu werden, weil das Rennen um die Ausbildungsplätze dann zum großen Teil gelaufen ist. Deshalb haben wir beantragt, in Zukunft, ein Jahr im Voraus über die Auszubildendenzahlen zu diskutieren und politisch zu entscheiden. Ich kann Sie nur alle auffordern, diese Initiative zu unterstützen.

Und da wir schon beim Thema Arbeit sind. Wir dürfen die nicht vergessen, denen der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt versperrt ist. Die Bundesregierung, die ist jetzt mal nicht Schwarz-Grün, hat die Eingliederungsmittel für Langzeitarbeitslose drastisch zusammengestrichen. Sie hat Hartz IV, das vielen Menschen erniedrigende Situationen zugemutet hat, noch ein Stück brutaler gemacht. Die ARGE, pardon, das Jobcenter streicht nun kräftig Maßnahmen zusammen. Als ich das im Sozialausschuss angesprochen habe, herrschte bei den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen weitgehend Schweigen. Bis auf eine Ausnahme wollte niemand darüber reden. Wir müssen darüber reden. Wir müssen uns endlich eingestehen, dass wir einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor brauchen. Dass es genügend Aufgaben gibt, die man für die Menschen finden kann, die lange arbeitslos sind und kaum Vermittlungschancen haben, wissen wir alle. Am Beispiel des City-Service konnten wir es sehen. Wer an der Maßnahme teilnahm, musste das aber größtenteils als Ein-Euro-Jobber tun. Nach einer Weile wurde er wieder weggeschickt.

Es ist ein schlechter Witz, dass es jetzt noch schlimmer kommen könnte, indem der City-Service ganz abgeschafft wird. Inzwischen gibt es einen politischen Beschluss, die Einrichtung zu erhalten. Nutzen wir die Gelegenheit, schaffen wir im City-Service dauerhafte Arbeitsplätze, von denen die Beschäftigten leben können. Das ist die Idee des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors.

Es ist schwer, solche Ziele zu verwirklichen in Zeiten knapper Kassen. Dass die kommunalen Haushalte nicht aus eigener Kraft saniert werden können, dass wir eine Reform der Gemeindefinanzierung brauchen und wie die aussehen muss, habe ich hier schon mehrfach erläutert. Können Sie nachlesen.

Auch wir wollen in diesem Haushalt etwas streichen, nämlich unnützen Schnickschnack. Lassen Sie uns auf den archäologischen Tempel im Elisengarten verzichten, und streichen wir das Geld für die Tivoli-Lounge. Wir brauchen die Alemannia. Die Lounge für den OB brauchen wir nicht.

Es wird die Ratsmehrheit nicht überraschen, wenn DIE LINKE, sofern Sie die von mir genannten Mängel nicht abstellen, diesen Haushalt ablehnen wird.

Und es wird mich nicht überraschen, wenn die Frage nach der schwarz-grünen Handschrift vorerst unbeantwortet bleibt.

Mich tröstet, dass es schon in einem Jahr wieder einen Haushalt geben wird. Darauf zumindest konnten sich CDU und Grüne problemlos verständigen.

Auf alles weitere sind wir gespannt.

Andreas Müller

Fraktionsvorsitzender  
DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen